Protokoll

der 13. Sitzung des EFRE- und ESF+-Multifonds-Begleitausschusses für die EU-Strukturfondsförderperiode 2021-2027 am 07. und 08. Mai 2024

~ genehmigt am 28.08.2024 ~

~ Beginn des ersten Sitzungstages: 11:50 Uhr ~

TOP 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Jens Mennecke (Leiter der Verwaltungsbehörde EFRE und ESF+, VB) eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden. Insbesondere begrüßt er Janos Schmied (DG REGIO) und Justus Seufferle (DG EMPL) aus der Europäischen Kommission (KOM), ebenso Lars Müller (BMWK). Der Vertreter des BMAS ist verhindert.

Darüber hinaus begrüßt er als neue BGA-Mitglieder für das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) Sophie Aubreville und für das Innenministerium (MI) Ingmar Behrens. Für die NBank ist künftig Sabrina Linert vertreten. Herr Mennecke erinnert daran, Änderungen der Mitglieder oder vertretungsberechtigten Personen rechtzeitig mitzuteilen.

Anschließend stellt Herr Mennecke die Beschlussfähigkeit fest.

Die vorläufige Tagesordnung wurde kurzfristig geändert. TOP 14 wurde neu eingefügt, um die Tagesordnung zu entzerren. Zudem wird es in TOP 16 keine Beschlussfassung mehr geben, Näheres dazu unter dem entsprechenden TOP. Der geänderte Tagesordnungsentwurf wird einstimmig angenommen.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der 12. Sitzung vom 05.03.2024

Der geänderte Protokollentwurf der 12. Sitzung wird bei einer Enthaltung angenommen.

TOP 3 Informationen der Europäischen Kommission und des Bundes

Herr Schmied berichtet zunächst für die GD REGIO, dass unter der Europäischen Städteinitiative in der neuen Förderperiode (FP) 2021-2027 alle vorherigen städtischen Initiativen der KOM (u. a. auch die „Urban Innovative Actions“) fortgeführt werden. Der dritte Aufruf zum Einreichen von Projektvorschlägen wird noch im Mai eröffnet, er wird sich zum einen auf Projekte zur Energiewende und zum anderen auf Technologie in Städten beziehen. Maximal werden 5 Mio. Euro je Projekt vergeben, die Laufzeit wird höchstens 3,5 Jahre betragen. Nähere Informationen unter: <https://www.urban-initiative.eu/calls-proposals/third-call-proposals-innovative-actions>

Darüber hinaus berichtet Herr Schmied, dass die Verhandlungen zur Anpassung der EU-Haushaltsordnung weit gediehen sind und die neue Version voraussichtlich im Herbst in Kraft treten kann. Die Anpassung soll eine höhere Transparenz auf der Ausgabenseite bringen, dafür sollen Daten der Begünstigten erhoben und die Interoperabilität der Dienste erhöht werden. Der Dienst ARACHNE soll dafür genutzt werden. Herr Schmied betont, dass sich die KOM der Sensibilität des Themas, besonders in Deutschland, bewusst ist, wollte dies aber schon ankündigen.

Des Weiteren geht Herr Schmied auf den 9. Kohäsionsbericht ein und erwähnt einige wichtige Erkenntnisse daraus. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die Kohäsionspolitik seit der EU-Osterweiterung 2004 einen enormen Beitrag zum wirtschaftlichen, sozialen und terri-

torialen Zusammenhalt geleistet hat. So konnten die damals neu beigetretenen Mitgliedstaaten ihr Pro-Kopf-BIP von 52% des EU-Durchschnitts im Jahr 2002 auf knapp 80% erhöhen und die Arbeitslosigkeit von 13% auf 4% verringern. Er betont jedoch auch, dass weiterhin viele Probleme existieren, bspw. wird der Klimawandel die Regionen in unterschiedlicher Art und Intensität vor Herausforderungen stellen.

Schließlich erinnert Herr Schmied noch an die bevorstehende Europawahl am 09.06.

Anschließend fährt Herr Seufferle für die GD EMPL fort und berichtet anhand einer kurzen Präsentation zunächst von der Unterzeichnung der sog. Erklärung von La Hulpe zur Zukunft der Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) am 16.04.2024. Die ESSR ist das Leitbild zur europäischen Sozialpolitik, das unter dem ehemaligen Kommissionspräsidenten Juncker erstellt wurde. Die Erklärung von La Hulpe geht auf eine Initiative der belgischen Ratspräsidentschaft zurück und stellt eine interinstitutionelle Verpflichtung des Parlamentes, der KOM und des Rates dar. Sie bekräftigt die ESSR als Kompass für die Politikgestaltung der EU, betont die Wichtigkeit des europäischen Sozialmodells und enthält Aspekte für seine Zukunft. Konkret beschreibt die Erklärung u. a. die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens und von Qualifikationen für einen gerechten Arbeitsmarkt. Neben Parlament, KOM und Rat sowie dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, dem Europäischen Gewerkschaftsbund und SME United (europäischer Dachverband für KMU und Handwerksunternehmen), haben auch alle Mitgliedstaaten - mit Ausnahme von Österreich und Schweden - die Erklärung unterzeichnet.

Dann geht auch Herr Seufferle aus Sicht der GD EMPL noch auf den 9. Kohäsionsbericht ein und betont dabei, dass es immer noch große wirtschaftliche Unterschiede innerhalb der EU gibt und mehr als jede vierte Person der EU noch in weniger entwickelten Regionen lebt. Zudem besteht die Gefahr, dass durch geringeres Wachstum in ärmeren Regionen bspw. in Frankreich oder Griechenland auch interne Disparitäten verstärkt werden, wodurch eine mögliche Quelle politischer Frustration geschaffen wird. Dazu kommt ein Ungleichgewicht zwischen dem Angebot an Arbeitskräften und Fähigkeiten sowie dem Bedarf in der jeweiligen Region. Herr Seufferle unterstreicht die Bedeutung weiterer Verbesserungen in der Politikgestaltung, um die bisherigen Erfolge auszubauen und die weiter bestehenden Probleme anzugehen.

Abschließend gibt Herr Seufferle einen Überblick einiger vergangener und bevorstehender Termine und Ereignisse auf dem Weg zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027. Auch er erinnert dabei an die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament.

Im Anschluss an die Berichte aus der KOM blickt Herr Müller aus dem BMWK mithilfe einer kurzen Präsentation auf die aktuelle Situation im EFRE und die Perspektiven für die kommende FP 2028-2034.

Er konstatiert, dass die Kohäsionspolitik aufgrund des Konkurrenzdrucks im EU-Haushalt aktuell in einer schwierigen Situation ist. Neben der Unterstützung der Ukraine sind viele weitere Themen im Fokus, die Mittel benötigen, bspw. der Abbau von Abhängigkeiten bei kritischen Technologien oder die Energieversorgung. Dazu bestehen alte und neue Debatten zur Erweiterung der EU. Die Vielzahl aktueller Herausforderungen lässt den Eindruck einer neuen Krisennormalität entstehen.

Vor diesen Hintergründen muss der Prozess gestaltet werden, in dem die deutschen Vorschläge zur Zukunft der Kohäsionspolitik entwickelt werden. Hier werden bereits u. a. Wirkungsanalysen und Fachdialoge zur Governance und Umsetzung eingesetzt.

Herr Müller stellt dazu bereits einige Positionen des BMWK vor. Der Fokus soll auf Transformation und Innovation in allen Regionen liegen und aufgrund der unterschiedlichen regionalen Bedarfe über gestärkte lokale Ansätze erreicht werden. Einer der wichtigsten Punkte ist die Vereinfachung bzw. der Bürokratieabbau für die Begünstigten und die umsetzenden Be-

hörden. Hier existieren jedoch Spannungsverhältnisse, auf die Herr Müller eingeht. Zum einen betrifft dies den Wunsch nach schlanken und schnellen Verfahren bei gleichzeitiger Bürgerbeteiligung. Zum anderen machen Betrugs- und Korruptionsprävention sowie höhere Umweltstandards zusätzliche Regelungen notwendig, die in Konflikt mit dem Wunsch nach Vereinfachung stehen. Schließlich sind der übergeordnete Beitrag zu den Transformationszielen mit dem regionalen Handlungsbedarf in Einklang zu bringen.

Herr Mennecke bedankt sich bei Herrn Schmied, Herrn Seufferle und Herrn Müller für die Berichte und sagt, dass auf den 9. Kohäsionsbericht und die Zukunft der Kohäsionspolitik im Laufe der Sitzung noch weiter eingegangen wird. Er betont auch die Crossover-Beziehungen mit dem ELER, der in Bezug auf die Kohäsionspolitik mit seiner Zuständigkeit für die ländlichen Räume ebenfalls eine wichtige Rolle spielt.

TOP 4 Informationen der Verwaltungsbehörde, der Prüfbehörde und der Bescheinigungsbehörde

Jörg Jäger (Leiter der Prüfbehörde, PB) stellt den Statusbericht der PB vor.

Der Jahreskontrollbericht 2024 für das Geschäftsjahr 2022/2023 wurde der Europäischen Kommission fristgemäß übersandt.

Die Gesamtfehlerquote belief sich für dieses Geschäftsjahr auf 2,37 %. Damit wurde die Wesentlichkeitsschwelle von 2 % überschritten. Dies ist vor allem auf zwei festgestellte Fehler im Rahmen der Vorhabenprüfungen zurückzuführen. Einerseits betrifft dies einen Systemfehler, wonach Förderaufrufe nicht im Einklang mit den Regelungen der zugrundeliegenden Förderrichtlinie standen. Insbesondere wurden hier Freistellungsausgaben unzulässigerweise abgerechnet. Der andere maßgebliche Fehler bezieht sich auf einen nicht sachgerechten Umgang bei der Berücksichtigung nicht förderfähiger Ausgaben im Vorhaben.

Trotz der Überschreitung der Wesentlichkeitsschwelle hat die PB im Ergebnis einen unbeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt und insgesamt eine gute Funktionsfähigkeit des Verwaltungs- und Kontrollsystems abgeleitet. Die PB hat dies damit begründet, dass die Feststellungen mit tragender Auswirkung auf den EU-Haushalt punktueller Natur waren und keinen Rückschluss auf wesentliche Mängel am Verwaltungs- und Kontrollsystem ergaben. In diese Betrachtung einbezogen wurde die Restfehlerquote in Höhe von 1,353 % und die Ergebnisse der Systemprüfungen, in denen Feststellungen nur in geringem Maße getroffen wurden.

Eine Rückmeldung der Europäischen Kommission zum Jahreskontrollbericht steht aktuell noch aus.

Die Systemprüfung NBank 2022 - als letzte Systemprüfung für die FP 2014-2020 - wurde abgeschlossen. Insgesamt hat die Prüfung ergeben, dass die Funktionsfähigkeit vorhanden ist und bestimmte Verbesserungen erforderlich sind (Note 2).

Die PB beschäftigt sich aktuell mit dem Verwaltungs- und Kontrollsystem der neuen Förderperiode 2021-2027 und führt hierzu derzeit die erste Systemprüfung bei der Verwaltungsbehörde und die Systemprüfung Finanzinstrumente durch. Zudem soll die Systemprüfung NBank zeitnah starten.

Die finalen Vorhabenprüfungen für die Förderperiode 2014-2020 sollen im Sommer dieses Jahres beginnen. Parallel dazu wird die PB die erforderlichen Abschlussprüfungen für die Förderperiode 2014-2020 durchführen. Die ersten Vorhabenprüfungen für die neue Förderperiode 2021-2027 sind für Sommer 2025 beabsichtigt.

Seitens der Europäischen Kommission wurde die Überprüfung der PB, der sog. Compliance Audit, mit Schreiben vom 06.09.2023 abgeschlossen. Es wurden keine weiteren Rückfragen gestellt.

Der Europäische Rechnungshof hat im Jahr 2023 eine Überprüfung bei der PB bezüglich des Finanzinstruments MikroSTARTer durchgeführt. Hierbei wurden einige Feststellungen getroffen, die insbesondere die Prüfung von Interessenkonflikten, die Berechnung von leistungs-basierten Verwaltungsgebühren sowie ein nicht förderfähiges Darlehen betrafen. Die PB hat hierzu Stellung genommen. Eine abschließende Rückmeldung des Europäischen Rechnungshofs ist noch nicht erfolgt.

Darüber hinaus ist die PB als unabhängige Prüfstelle für die Überprüfung der Brexit Anpassungsreserve (BAR) berufen worden. Aktuell finden eine Systemprüfung sowie die erforderlichen Vorhabenprüfungen statt.

Susanne Meine (Leiterin der Bescheinigungsbehörde, BB) stellt den Statusbericht der BB für die FP 2014-2020 mit Datenstand 31.03.2024 vor.

Sie berichtet, dass die Förderung am 31.12.2023 ausgelaufen ist, nun aber noch Nacharbeiten stattfinden. In der vergangenen Woche wurden zwei Zahlungsanträge für EFRE und ESF gestellt. Sie hofft, dass dies die letzten Zahlungsanträge für die FP 2014-2020 waren, auch wenn aufgrund der STEP-Verordnung theoretisch noch ein Zahlungsantrag gestellt werden könnte.

Das Bewilligungsvolumen (bewilligte Gesamtausgaben, nicht bewilligte EU-Mittel) beträgt knapp 2 Mrd. Euro im EFRE. Bei den Auszahlungen vom 30.09.23-31.03.24 sind 129,5 Mio. Euro hinzugekommen. Im ESF beträgt das Bewilligungsvolumen rd. 541 Mio. Euro. In den letzten beiden Quartalen wurden noch ca. 5 Mio. Euro ausgezahlt und damit bereits fast alle Mittel. Laut Frau Meine erfolgen die Auszahlungen im ESF insgesamt früher und gleichmäßiger. Auch in den REACT-EU-Maßnahmen sind die Auszahlungen weit fortgeschritten. Hier sind in den letzten beiden Quartalen ca. 165 Mio. Euro ausgezahlt worden, davon knapp 100 Mio. Euro im Sofortprogramm „Perspektive Innenstadt!“.

Frau Meine unterstreicht angesichts dieser Zahlen wie viel Arbeit die NBank in den vergangenen Monaten geleistet hat und bedankt sich ausdrücklich bei allen Beteiligten.

Im Hinblick auf die Erstattungsebene ggü. der KOM berichtet Frau Meine, dass der Stand der Umsetzung bei EFRE, ESF und Multifonds 100% beträgt, in REACT-EU 94%.

Herr Mennecke schließt sich Frau Meines Lob an die NBank an und bedankt sich ebenfalls bei allen Beteiligten.

Anschließend stellt Norbert Gast (VB) den Statusbericht der VB zur FP 2021-2027 mit Datenstand 30.04.2024 vor.

Für den EFRE ist sichtbar, dass hier seit dem letzten Datenstand ein Rückgang zu verzeichnen ist. Dies ist auf die Finanzinstrumente zurückzuführen, bei denen inzwischen nicht mehr die zugewiesenen Tranchen in die Darstellung der bewilligten Mittel eingerechnet werden, sondern die tatsächlich bewilligten Vorhaben. Es besteht also kein wirklicher Rückgang an bewilligten Mitteln oder ein Zurückziehen von Vorhaben, sondern lediglich eine Änderung der Darstellung. Da der Datenstand des vorigen Statusberichtes erst zwei Monate her ist, gab es zudem wenig neues Bewilligungsgeschehen, sodass insgesamt ein Rückgang von knapp 5 Mio. Euro EU-Mitteln zu verzeichnen ist. Im ESF+ gab es hingegen einen Zuwachs von knapp 8 Mio. Euro an bewilligten EU-Mitteln. In den Prioritätsachsen 1 (EFRE) und 4 (ESF+) gab es jeweils einen Zuwachs von ca. 40 Projekten, bemerkenswert ist zudem, dass in der Prioritätsachse 3 nun die ersten zwei Projekte bewilligt wurden.

Wiebke Krohn (Unternehmerverbände Niedersachsen e. V.) betont ebenfalls, dass die NBank hinsichtlich der Auszahlungen der letzten FP viel geleistet hat. Gleichzeitig bedeutete dies jedoch auch, dass für die aktuelle FP viele Vorhaben zunächst liegengeblieben sind. Gerade für kleinere Projektträger ist das schwierig, da bei längerer Dauer bis zur (ersten) Mittelauszahlung die Zinskosten für die Vorfinanzierung stiegen. Frau Krohn äußert den

Wunsch, dass für den Übergang von der aktuellen zur nächsten FP die Vorhaben aus der neuen FP schneller bearbeitet werden.

Herr Mennecke antwortet, dass die Bearbeitungspriorität für die NBank vorübergehend eindeutig auf der FP 2014-2020 lag, um die Abwicklung der damaligen Projekte und deren Abrechnung ggü. der KOM zu gewährleisten. Er weist darauf hin, dass die NBank nun wieder vermehrt Bewilligungen vornehmen kann, nachdem der Großteil der Abschlussarbeiten für die vorige FP erledigt ist.

Florian Fox (Fridays for Future Niedersachsen) erkundigt sich, wie es dennoch sein kann, dass in den zwei Monaten kaum Bewilligungen in der PA 2 erfolgt sind und ob nachgesteuert werden müsste.

Silke Schaar (Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz, MU) antwortet, dass zunächst auch noch ältere Projekte umgesetzt wurden.

Matthias Wiesner (MU) ergänzt, dass eine vorläufige Haushaltsführung bestand und die NBank noch keine Landesmittel zur Bewilligung zur Verfügung standen. Dies wird sich jedoch in naher Zukunft ändern.

Herr Mennecke unterstreicht, dass die Halbzeitbewertung der Förderperiode naht und dann grundsätzlich in Bezug auf alle Förderrichtlinien auch die Frage gestellt werden muss, ob etwas verändert werden sollte.

Im Anschluss an die kurze Diskussion fragt Herr Gast nach Feedback aus den Reihen des BGA zur Darstellungsweise des Statusberichts in der aktuellen FP, wie sie seit einigen Malen praktiziert wird.

Andrea Wälzholz (Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, ML) sagt, dass sie die Darstellung angenehm finde. Von anderen Teilnehmenden wird Zustimmung geäußert.

Herr Mennecke bedankt sich bei Herrn Jäger, Frau Meine und Herrn Gast für die Berichte.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird die Mittagspause vorgezogen. Nach der Mittagspause folgt der allgemeine Teil des VB-Berichtes, der Part zur Kohäsionspolitik wird jedoch auf einen neuen TOP 14 A verschoben.

~ Mittagspause ~

TOP 4 Informationen der Verwaltungsbehörde – Zweiter Teil

Herr Mennecke informiert darüber, dass nicht wie in den vergangenen Jahren im Mai der jährliche Durchführungsbericht vorgelegt wird, sondern nur noch der abschließende Durchführungsbericht für die FP 2014-2020 kommen wird. In der aktuellen FP 2021-2027 wird es die Durchführungsberichte in der bisherigen Form nicht mehr geben, sie werden durch eine regelmäßige Übermittlung von Daten an die KOM und einen abschließenden Leistungsbericht am Ende der FP ersetzt.

Anschließend informiert Herr Mennecke, dass die letzte Richtlinie des ESF+ (Grundbildung bei Erwachsenen) veröffentlicht wurde und weist auf Änderungen anderer Richtlinien hin, die in der Präsentation der VB aufgelistet sind. Es werden in der nächsten Zeit noch einige weitere Richtlinien im Hinblick auf die Anpassung der De-minimis-Verordnung in einem vereinfachten Mitzeichnungsverfahren geändert.

Danach übergibt Herr Mennecke an Herrn Gast, der den Sachstand zur STEP-Verordnung in Bezug auf die Förderperiode 2021-2027 darstellt. Herr Gast ruft die Ziele der Verordnung in Erinnerung und geht auf die Fördermöglichkeiten in der aktuellen Förderperiode ein. Die Nut-

zung der Verordnung wird beabsichtigt, aktuell laufen Abstimmungen mit den Ressorts darüber. Er kündigt eine evtl. notwendige Sondersitzung des BGA im August (32. KW) an, um die Änderungen am Multifondsprogramm zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Mennecke betont noch einmal, dass die Nutzung der STEP-Verordnung keine neuen Mittel erbringt, sondern lediglich die vorhandenen Mittel unter bestimmten Voraussetzungen anders genutzt werden können.

Zum Schluss des allgemeinen VB-Berichtes informiert Ute Messerschmidt (VB), dass der Europäische Rechnungshof im April den Clearing Letter zur Wirtschaftlichkeitsprüfung bei CARE an die VB gesendet hat. Dieser enthält einen Entwurf der Prüfergebnisse und wird aktuell von der VB und den beteiligten Ressorts geprüft. Das vorläufige Ergebnis ist, dass die Prüfkriterien größtenteils erfüllt wurden. Frau Messerschmidt bewertet dieses Ergebnis als erfreulich.

TOP 5 Bericht zu Beschwerden/Verstößen gegen die UN-Behindertenrechtskonvention

Es gibt keine Meldungen.

TOP 6 Bericht zu Beschwerden/Verstößen gegen die EU-Grundrechtecharta

Es gibt keine Meldungen.

TOP 7 Ergebnisvorstellung der Evaluation zu REACT-EU/CARE

Dr. Oliver Schwab (Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik, IfS) stellt zusammen mit Max Reichenheim (IfS) und Eva Roth (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, ISG) die Ergebnisse der Evaluierung von REACT-EU und CARE anhand einer umfangreichen Präsentation vor.

Die Evaluierung für REACT-EU wirft einen besonderen Blick auf das Sofortprogramm „Perspektive Innenstadt!“, das zur Krisenbewältigung sowie zur grünen und digitalen Transformation beitragen sollte. Durch knappe Zeitrahmen, Kostensteigerungen, Lieferschwierigkeiten, lange Verfahren und andere Probleme stand die Umsetzung des Programms vor großen Herausforderungen. Dennoch konstatiert die Evaluierung, dass das Programm bei der Bewältigung von Herausforderungen in den Kommunen unterstützt hat.

Auch für CARE konnte festgestellt werden, dass die Maßnahmen gute Erfolge erzielen konnten. So wurden bei den Sprachkursen 61 Projekte umgesetzt, mit insgesamt fast 5.000 Teilnehmenden.

Franka Lindow (ver.di) hakt bzgl. einer scheinbaren Unstimmigkeit auf Folie 27 nach. Dort werden bei „Weiterbildung in Niedersachsen“ 675 Projekte bei nur 383 dokumentierten Teilnahmen genannt.

Frau Roth antwortet, dass zum Zeitpunkt der Datenerhebung noch nicht alle Teilnehmer erfasst waren, was diese Zahlen zur Folge hatte.

Zum Schluss bedankt sich Herr Dr. Schwab, auch im Namen seines Teams, bei den Mitgliedern des BGA für die gute und konstruktive Zusammenarbeit, da dies seine letzte Evaluation in diesem Auftrag war.

Auch Herr Mennecke bedankt sich aus Sicht der VB und des BGA bei Herrn Dr. Schwab für die Begleitung der Evaluierung in der FP 2014-2020.

TOP 8 Informationen zu eCohesion

Herr Mennecke berichtet, dass sich Herr Schmied im Nachgang der letzten Sitzung einen Sachstand zum Thema eCohesion gewünscht hat, da es beim Umsetzungsstand dieses Themas erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern und den Mitgliedstaaten gibt. Er weist darauf hin, dass die VB wiederholt Fragen und Beschwerden zur elektronischen Antragstellung und den Funktionalitäten des NBank-Kundenportals erreichen.

Herr Mennecke führt aus, dass in der aktuellen FP grundsätzlich die IT-Verfahren der vorigen FP – mit den notwendigen Anpassungen und Aktualisierungen – fortgeführt werden. Insbesondere werden das NIBAS (System für Auswertungen und Reporting, aber auch für Zahlungsanträge und die Rechnungslegung) und das ABAKUS (Buchführungssystem der NBank) weiterhin eingesetzt. Es wird noch weitere Module geben, bspw. für die Finanzplanung, die Indikatorik und eines für die Prüfbehörde.

Anschließend berichtet Janin Wieja aus Sicht der NBank zum Thema eCohesion. Das aktuelle Kundenportal der NBank wurde in Kooperation mit sieben anderen Förderbanken entwickelt. Die Priorität lag auf der Umsetzung der Funktionen, die für Antragstellung und Abwicklung von Förderung notwendig sind.

Nach einem Überblick über den Status quo informiert Frau Wieja über die nächsten Schritte, die dazu beitragen werden, das Kundenportal komfortabler zu machen und Medienbrüche zu reduzieren. Hier ist jedoch das Schriftformerfordernis noch ein Problem, das verhindert, dass Anträge vollständig digital gestellt werden können. Die Lösung sind hier qualifizierte elektronische Signaturen. Pilotanbindungen werden 2024 und 2025 umgesetzt.

Zum Schluss nennt Frau Wieja noch einige weitere Punkte, die aus Sicht der NBank eine einfachere und schnellere Förderung ermöglichen würden. U. a. ruft sie dazu auf, die Vorgaben und Anforderungen nicht regelmäßig zu ändern oder deren Zahl nicht auszuweiten.

Auch eine gewisse Fehlertoleranz, bspw. keine zwingend centgenaue Abrechnung bei Unstimmigkeiten, würde Aufwände verringern.

Frau Krohn sagt, dass das neue Kundenportal aus Ihrer Sicht deutlich besser als das alte sei und fragt, ob es elektronische Kundenakten gebe oder diese angedacht seien? Denn im ESF+ müssten Antragssteller häufig gleiche Daten liefern wie bspw. Stammdaten und Testate. Es sei vorteilhaft, wenn man mitteilen könne, dass diese Daten bereits bei einem anderen Projekt vorliegen und über eine Kundenakte dann zur Verfügung stünden.

Frau Wieja antwortet, dass geplant ist, in Zukunft bestimmte Unterlagen an den Antragsteller zu knüpfen und diese nicht mehr nur je Projekt zu sehen.

Frau Messerschmidt ergänzt, dass es bei dem Beispiel Testate jedoch auch auf den Zeitpunkt ankommt, da die testierte Situation eines Unternehmens sich bspw. ein Jahr später auch geändert haben kann.

Herr Mennecke bekräftigt, dass insbesondere die Fragen des Medienbruchs und der Schriftformerfordernis gelöst werden müssen. Für das Wegfallen der Schriftformerfordernis müsste die Landeshaushaltsordnung angepasst werden. Leider sind die Vorgehensweisen anderer Länder in dieser Frage nicht ohne Weiteres übertragbar auf Niedersachsen. Wichtig ist zudem auch, die Kommunikation allgemein weiter zu verbessern, indem bspw. schnell über Nachfragen und Entscheidungen der NBank informiert wird.

TOP 9 Sachstand zur Vereinfachung der EFRE/ESF+-Förderung

Herr Mennecke leitet vom Thema eCohesion auf den allgemeinen und umfassenderen Bereich zur Vereinfachung der Förderung über und gibt zunächst das Wort an Juliane Aiche (VB) weiter.

Frau Aiche berichtet anhand der Folien in der VB-Präsentation über den bisherigen Verlauf des „Einfach fördern“-Prozesses und gibt einen ersten Einblick in die Ergebnisse der regionalen Workshops, die in den letzten Wochen stattfanden. Mit Verweis auf die weiteren Aktivitäten in dem Prozess informiert sie über einen Workshop am 18.06., an dem landesweit organisierte WiSo-Partner aus den BGA für EFRE/ESF+ und ELER teilnehmen sollen, das Fachgespräch mit den EU-Koordinatoren und Fachressorts am 06.06.2024 sowie der nachbereitenden Online-Veranstaltung zu den regionalen Workshops, in der die Teilnehmenden der Workshops über den Stand der Auswertungen informiert werden.

Herr Mennecke betont, dass nicht nur die regionalen Akteure, sondern alle Stakeholder im Bereich Förderung beteiligt werden. Darüber hinaus sagt er, dass zunächst alle Herausforderungen in der Förderung auf den Tisch gelegt werden und erst im Anschluss geclustert werden soll. Kein Aspekt soll von vornherein ausgeschlossen werden. Gleichzeitig ist klar, dass – wie Herr Müller bereits ausführte – Spannungsfelder bestehen, die eine für alle zufriedenstellende Lösung erschweren.

Anschließend informiert Herr Mennecke über den interministeriellen Arbeitskreis zur Vereinfachung niedersächsischer Förderprogramme (IMAK), an dem alle Ressorts, sowie die NBank und die Kommunalen Spitzenverbände beteiligt sind. Inzwischen hat das MB die teilweise Federführung übernommen. Bis Oktober 2024 sollen konkrete Vorschläge zur Vereinfachung erarbeitet werden, diskutiert wird bspw. ein Kommunalförderungsgesetz, in dem sämtliche Förderungen von Land und EU gebündelt werden. Herr Mennecke betont, dass aufgrund des Erwartungsdrucks auch Bewegung zu erwarten ist und durch die Beteiligung des MF ggf. auch Veränderung bei landeshaushaltsrechtlichen Themen möglich sind. Insofern bewertet er die Einbringung und aktive Mitgestaltung seitens der VB als sehr sinnvoll.

Zum Abschluss dieses TOPs weist Herr Mennecke noch auf weitere Aktivitäten der VB in diesem Bereich hin, bspw. die Mitarbeit in der Bund-Länder-AG „Vereinfachung“.

Reinhard Kühn (Caritas) äußert seine Anerkennung für die ambitionierten Aktivitäten und Prozesse im Bestreben, die Förderung zu vereinfachen. Er fragt jedoch auch, wie hoch der mögliche Frustrationsfaktor ist, falls Akteure sich einbringen und Vorschläge machen, am Ende jedoch wenig umgesetzt werden kann.

Herr Mennecke gibt zu, dass die Gefahr besteht, Frustration zu erzeugen, was auch im Vorfeld mit abgewogen wurde. Die Alternative wäre jedoch, nichts zu machen. Zudem berichtet Herr Mennecke, dass die Erfahrung aus den regionalen Workshops auch gezeigt hat, dass es wichtig war, den Akteuren einfach mal zuzuhören und Kritik sowie Lösungsvorschläge aufzunehmen, anstatt gleich zu erklären, warum Änderungen nicht möglich sind.

Frau Krohn unterstützt Herrn Menneckes Aussagen. Sie merkt an, dass in den Workshops eine sehr gute Arbeitsatmosphäre mit einer gedanklich offenen Herangehensweise herrschte.

Dr. Frank-Peter Heidrich (ArL Leine-Weser) bestätigt diese Einschätzung und meint, dass es lohnt, sich auf diesen Weg zu begeben. Er merkt zudem an, dass die Teilnehmenden des Workshops in Leine-Weser dazu aufgefordert haben, die Akteure über den weiteren Verlauf des Prozesses zu informieren.

Auch Sandra Petersmann (MWK) äußert Unterstützung für den Prozess.

Torsten Eule (Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung, MW) gibt zu bedenken, dass in der Vergangenheit bereits einige Verbesserungen erreicht wurden, bspw. im Hinblick auf Vergaberecht oder Pauschalen. Herr Eule ruft dazu auf, die Situation nicht schlechter zu reden, als sie ist. Zudem darf man nicht vergessen, dass mit Steuergeld hantiert wird.

Frau Aiche betont, dass in den Workshops nicht nur kritisiert wurde, sondern auch viele konstruktive Vorschläge zu Verbesserungen und Hinweise auf Best-Practice-Beispiele gegeben wurden.

Schließlich äußert auch Herr Fox Zustimmung zu den Workshops und zur Herangehensweise. Auch wenn am Ende des Prozesses Enttäuschungen entstehen können, ist es besser, überhaupt zu diskutieren und frei über Möglichkeiten nachzudenken, als von vornherein die Diskussion abzublocken.

~ Kaffeepause ~

TOP 10 Vorstellung des ESF+-Projektes „Fallrohrturbine – Die Energie des Regens“
(Richtlinie: Innovative Bildungsprojekte der beruflichen Erstausbildung, MK)

Claudia Chriss (Kultusministerium, MK) beginnt diesen TOP mit der Einordnung des Projektes in die Richtlinie und ruft dazu den Mitgliedern die Eckpunkte der Richtlinie in Erinnerung.

Anschließend stellt Markus Tönjes vom Netzwerk taff (technische Ausbildung für Fachkräfte e. V.) das Projekt „Fallrohrturbine – Die Energie des Regens“ vor.

Das Netzwerk ist ein Zusammenschluss von sechs kleinen und mittelständischen Unternehmen aus Bassum und der näheren Umgebung, welches die Ausbildungsaktivitäten der teilnehmenden Unternehmen koordiniert. Mit dem hier geförderten Vorhaben soll im Rahmen einer Projektwoche das Interesse von Schülerinnen und Schülern für gewerblich-technische Berufe in den teilnehmenden Unternehmen geweckt werden.

Alexander Kohlmeier (VB) fragt, ob es bereits Kommerzialisierungsideen für die Fallrohrturbine gibt?

Herr Tönjes antwortet, dass das nicht vorgesehen ist. Ihr Ansinnen ist, die Begeisterung der Schülerinnen und Schüler für technische und handwerkliche Berufe anzuregen.

Anna Schlosser erkundigt sich, wie viele Schülerinnen und Schüler bisher teilgenommen haben und wie groß die Gruppen sind?

Herr Tönjes antwortet, dass das Projekt am 01.09.2023 gestartet ist und sie bisher (in den Ferien) 3-4 Gruppen mit insgesamt ca. 25 Schülerinnen und Schülern betreut haben.

Herr Gast fragt nach den Unternehmen, die am Netzwerk beteiligt sind?

Herr Tönjes antwortet, dass es regionale, mittelständische Unternehmen sind. Als Beispiele nennt er KMH-Kammann Metallbau oder KSB (Pumpen etc.).

Christine M. Kaiser (Landesfrauenrat Niedersachsen) erkundigt sich danach, wie viele von den 25 Teilnehmenden Mädchen waren?

Herr Tönjes antwortet, dass ca. 7 Mädchen teilgenommen haben.

Frau Kaiser hakt nach, ob es nach den Projektwochen Rückmeldungen von den Schülerinnen und Schülern gab, bzw. diese aktiv angeschrieben wurden, um Feedback einzuholen.

Herr Tönjes entgegnet, dass es kein formalisiertes Feedbackverfahren gibt, sie aber durch die regelmäßigen Besuche in den Schulen immer wieder auf ehemalige Teilnehmende treffen und mit diesen ins Gespräch kommen.

Herr Kohlmeier erkundigt sich danach, ob zum Erfolg des Projektes bereits Aussagen getroffen werden können?

Herr Tönjes sagt, dass sie immer wieder Aussagen der Schülerinnen und Schüler hören, dass ihr Interesse an einer technischen Ausbildung geweckt wurde. Gleichzeitig bezeichnet er es aber auch als Erfolg, wenn durch diese Maßnahmen die Teilnehmenden auch merken, dass solch ein Beruf nicht ihrem Wunsch entspricht. Das spart den jungen Menschen Lebenszeit und den ausbildenden Unternehmen Ressourcen, wenn die Auszubildenden nicht erst nach einem Jahr merken, dass sie nicht weiter machen möchten.

Frau Petersmann fragt, mit welchen Schulformen das Netzwerk zusammenarbeitet?

Herr Tönjes antwortet, dass es gemischt ist, der Großteil jedoch Oberschulen sind und weniger Gymnasien. Sie kooperieren aber auch mit einer Förderschule.

Claus Rehder (ArL Lüneburg) fragt, ob die Förderung weitergehen wird oder ob es Nachahmer gibt?

Herr Tönjes sagt, dass das Netzwerk weiterbestehen wird, auch wenn die Förderung für dieses Projekt ausgelaufen ist. Ein Folgeantrag ist aber nicht ausgeschlossen.

Herr Mennecke bedankt sich bei Frau Chriss und Herrn Tönjes für die Vorstellung.

Anschließend gibt Frau Messerschmidt noch organisatorische Hinweise für den weiteren Verlauf des Abends und den morgigen Beginn des zweiten Sitzungstages.

~ Ende des ersten Sitzungstages: Ca. 17:00 Uhr ~

~ Beginn des zweiten Sitzungstages: 09:00 Uhr ~

**TOP 11 Vorstellung des EFRE-Projektes „Bauliche Ertüchtigung des Naturparkhauses Wildeshauser Geest“
(Richtlinie: Landschaftswerte 2.0, MU)**

Die Teilnehmenden des BGA fahren für diesen TOP zur Projektbesichtigung nach Wildeshausen. Nach kurzer Einführung bei der Baustelle werden die Teilnehmenden von den Projektverantwortlichen in das angrenzende Kreishaus eingeladen, wo die ausführlichere Projektvorstellung stattfindet. Dort beginnt Frau Schaar zunächst mit der Einordnung in die Richtlinie, um auch hier die Teilnehmenden an die Rahmenbedingungen der Richtlinie zu erinnern.

Im Anschluss informieren Eva-Maria Langfermann vom Landkreis Oldenburg und Oliver Knagge vom Naturpark Wildeshauser Geest über die Hintergründe und Einzelheiten des Projektes. Es hat zum Ziel, ein denkmalgeschütztes Gebäude zu sanieren, um es dann als Geschäftsstelle, aber auch Begegnungs- und Veranstaltungsort für den Naturpark zu nutzen. Die Vortragenden begrüßen die Möglichkeit, mit der Förderung dieses denkmalgeschützte Gebäude erhalten zu können, berichten aber auch eingehend über die Probleme und Herausforderungen, die sich im Prozess der Antragstellung und der bisherigen Umsetzung ergeben haben.

Herr Mennecke bedankt sich bei Frau Schaar, Frau Langfermann und Herrn Knagge, sowie ihren anwesenden Kolleginnen und Kollegen. Zu den konkret benannten Herausforderungen sagt er zu, diese Rückmeldungen auch in den Prozess „Einfach fördern“ mit einzubeziehen.

TOP 12 Sachstand zur RIS3-Strategie

Antje Overmeyer (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, MB, Referat 102) präsentiert den aktuellen Sachstand zur RIS3-Strategie.

Zunächst ruft sie den BGA-Mitgliedern die wesentlichen Aspekte zur RIS3-Strategie in Erinnerung, geht auf das erste Ergebnis der ressortübergreifenden Zusammenarbeit in der Steuerungsgruppe Innovation (SGI) ein, das eine thematische Ausrichtung von vorhandenen Innovationsförderprogrammen zum Thema „Biologisierung“ betrifft und wirft einen Blick auf die weitere Umsetzung der RIS3-Strategie.

Anschließend informiert sie über das erste Innovationsforum, das als Auftaktveranstaltung am 23.09.2024 in Hannover stattfinden wird. Ziel dieses Forums ist eine breite Einbindung von Stakeholdern bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der RIS3. In welche Richtung sollte sich Niedersachsens Innovationspolitik künftig entwickeln?

Zum Schluss gibt sie noch einen Ausblick auf die weitere Zeitplanung.

Herr Kühn fragt, angesichts der Fokussierung auf den EFRE, ob auch der ESF+-Bereich, insbesondere die Soziale Innovation, beteiligt werden soll.

Frau Overmeyer antwortet, dass die Zusammenarbeit in der SGI mit den bisher beteiligten fünf Ministerien im Innovationsbereich sehr gut funktioniert. Die Einbindung von weiteren Akteuren und/oder Ministerien, wie beispielsweise aus der Richtlinie Soziale Innovation, ist jedoch für die Zukunft nicht ausgeschlossen. Die Richtlinie Soziale Innovation wird darüber hinaus im MB koordiniert, das wiederum die SGI koordiniert und ist somit in der SGI mitgedacht.

TOP 13 Berichte aus den Unterausschüssen Nachhaltige Entwicklung und Chancengleichheit

Herr Gast berichtet aus den letzten Terminen im Unterausschuss Nachhaltige Entwicklung. Themen waren dort zuletzt Nachhaltigkeit im Finanzsektor und die Anwendung von ESG-Kriterien (Environmental, Social and Governance) bei Finanzierungsentscheidungen von Kreditinstituten.

Zudem wurde im Unterausschuss über das dem BGA bereits bekannte Interreg-Projekt GreenGov informiert und über die Möglichkeit diskutiert, aus dem Unterausschuss Ideen auch in das Interreg-Projekt zu geben.

Dem Unterausschuss wurde darüber hinaus als Best-Practice-Beispiel zum Thema Gemeinwohlökonomie die Zimmerei Erhard Diedrich GmbH vorgestellt.

Herr Kühn merkt an, dass der Leitfaden zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex als Inspirationsquelle für die Bereiche Sozialwirtschaft und Gemeinwohlökonomie genutzt werden kann. Er bietet an, Kontakt zur zuständigen Referentin herzustellen.

Herr Gast bedankt sich und sagt, dass die VB die Anregung gerne aufnimmt.

Anschließend berichtet Insa Schwob (VB) aus dem Unterausschuss Chancengleichheit.

Seit dem letzten Bericht fanden zwei Sitzungen statt, in denen zum einen ein Blick in andere Mitgliedstaaten in Bezug auf Good Practice zur Gleichheit der Geschlechter geworfen wurde. Niedersachsen ist relativ weit vorn, aber auch aus Österreich, Spanien und Schweden wurde von guten Beispielen berichtet.

Zum anderen war Thema, wie die Querschnittsziele (QSZ) durch Öffentlichkeitsarbeit beworben bzw. darüber informiert werden kann. Es ist angedacht, eine längerfristige Content-Reihe zu entwerfen, in der die QSZ einzeln vorgestellt und eingeordnet, sowie mit praktischen Erfahrungen aus Projekten unterfüttert werden sollen.

Schließlich berichtet Frau Schwob, dass im April wieder ein Fördercafé der NBank zum QSZ Gute Arbeit durchgeführt wurde, das eine gute Resonanz erfuhr.

Am 31.05. findet eine Crossover-Veranstaltung der beiden Unterausschüsse statt.

TOP 14 A Sachstand zum Bericht der High-Level Group zur Zukunft der Kohäsionspolitik und zum 9. Kohäsionsbericht

Viktor Abt (VB) informiert zum Sachstand des Abschlussberichts der High-Level Group zur Zukunft der Kohäsionspolitik und zum 9. Kohäsionsbericht.

Die High-Level Group und ihr Abschlussbericht wurden in der vergangenen Sitzung bereits in Eckpunkten vorgestellt, nun geht Herr Abt detaillierter auf die Schlussfolgerungen und strategischen Empfehlungen des Berichtes zur Zukunft der Kohäsionspolitik ein.

U. a. empfiehlt die High-Level Group in ihrem Bericht, dass jede Region befähigt werden soll, zum wirtschaftlichen Wohlstand der EU beizutragen und die Kohäsionspolitik, durch den Ausbau ortsbezogener Ansätze, wirksam auf die individuellen Herausforderungen der einzelnen Regionen reagieren sollte.

Wie Herr Schmied und Herr Seufferle greift Herr Abt zudem noch einige Inhalte des 9. Kohäsionsberichtes heraus. Er betont dabei auch eine Erkenntnis des Berichtes, dass die Gefahr für den Zusammenhalt der EU durch vielfältige Herausforderungen erkannt und adressiert werden muss, um zu verhindern, dass sich Ungleichheiten vergrößern. Dies umfasst laut Bericht auch einen Fokus der Kohäsionspolitik auf weniger entwickelte Regionen und Regionen in Entwicklungsfallen, um die dortigen Herausforderungen rechtzeitig anzugehen.

Frau Petersmann hakt nach, was Regionen in Entwicklungsfallen sind?

Herr Abt erläutert, dass sich Regionen in ökonomischen respektive regionalen Entwicklungsfallen dadurch kennzeichnen, dass sie u.a. im Vergleich zu ihrem Mitgliedsstaat sowie zum Durchschnitt der Europäischen Union wirtschaftlich stagnieren oder einen Rückgang aufweisen. Um Regionen in Entwicklungsfallen zu kennzeichnen, werden verschiedene Indikatoren hinzugezogen, wie das Wachstum des Pro-Kopf-BIP, der Produktivität sowie der Beschäftigung. Herr Abt verweist darauf, dass eine Übersicht zu den Risiken von Regionen, in eine Entwicklungsfalle zu geraten, der Karte 1.8 des 9. Kohäsionsberichtes entnommen werden kann. Auf NUTS-3-Ebene seien Regionen in Deutschland nur rudimentär von einer Entwicklungsfalle betroffen. Hohe Risiken in eine Entwicklungsfalle zu geraten lägen u.a. insbesondere in Frankreich sowie dem Norden Italiens vor.

Im Anschluss legt Herr Abt die Bewertung der Empfehlungen zur Zukunft der Kohäsionspolitik aus Sicht der VB dar.

Positiv wird hierbei u. a. der Bedarf für eine zukunftsorientierte Kohäsionspolitik gesehen, ebenso das Bekenntnis zum Partnerschaftsprinzip, dem Mehrebenensystem und dem ortsbezogenen Ansatz als Fundament der Kohäsionspolitik.

Als negativ bewertet er u. a., dass die geteilte Mittelverwaltung nicht als Fundament der Kohäsionspolitik aufgeführt wird und zusätzlich eine übereilte positive Hervorhebung eines leistungsorientierten Ansatzes wie im Falle der Aufbau- und Resilienzfähigkeit erfolgt. Dabei fehlt es im Hinblick auf die Effizienz eines leistungsorientierten Ansatzes zum aktuellen Zeitpunkt an detaillierten Analysen. Ferner hebt Herr Abt hervor, dass die Empfehlungen zur Zukunft der Kohäsionspolitik einen zu dezidierten Fokus auf weniger entwickelte Regionen sowie Regionen in Entwicklungsfallen setzen. Herr Abt führt aus, dass eine wirksame Kohäsionspolitik nur zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt beitragen könne, wenn sie eine Politik für alle Regionen ist.

Herr Mennecke ergänzt, dass der 8-Punkte-Plan für eine moderne Kohäsionspolitik, den das MB im vergangenen Dezember veröffentlicht hat, bereits Belange adressiert, die nunmehr auch im Abschlussbericht der High-Level Group enthalten sind. Er betont, dass nicht zwingend an bekannten Verfahren und Regelungen festgehalten werden sollte, bloß weil man diese kennt und mit ihnen inzwischen umgehen kann. Veränderungen sind notwendig, um Aufwände zu reduzieren und eine effiziente und wirksame Kohäsionspolitik umzusetzen. Im Falle von Reformen und Veränderungen sollte aber stets sichergestellt werden, dass diese einen positiven Beitrag für die Kohäsionspolitik leisten. Darüber hinaus stellt Herr Mennecke

fest, dass aktiv aus den Regionen dafür geworben werden muss, die geteilte Mittelverwaltung im Mehrebenensystem zu erhalten. Zudem muss aufgepasst werden, dass Landwirtschaft und ländlicher Raum als Fokus des ELER bei der Zukunft der Kohäsionspolitik nicht vergessen werden.

Frau Wälzholz fragt, ob in den beiden vorgestellten Berichten auch empfohlen wird, bestimmte Dinge wie bspw. die Anzahl der Förderprogramme zu reduzieren?

Herr Abt antwortet verneinend.

Herr Mennecke gibt ergänzend zu bedenken, dass hier zuvorderst die Regionen selbst verantwortlich sind, ihr Portfolio an Förderprogrammen (entlang der grundsätzlichen Vorgaben der EU) zu gestalten. Dies bedeutet auch, dass die Regionen eigenständig entscheiden könnten, ob sie entsprechend ihrer Bedarfe mehr oder weniger Förderprogramme auflegen wollen.

TOP 14 B Bericht zum Kick-Off des Interreg Europe-Projektes

Herr Abt berichtet zum Kick-Off Meeting des Interreg-Projektes GreenGov, das in der vergangenen Sitzung bereits vorgestellt wurde.

Die Veranstaltung fand vom 15.-17.04. in Hannover statt und befasste sich u. a. mit der Erörterung des Arbeitsplans, der thematischen Schwerpunktsetzung und organisatorischen und administrativen Punkten.

Herr Abt kündigt an, dass es einen Newsletter zu diesem Projekt geben wird. Bei Interesse am Erhalt des Newsletters wird um Nachricht an Herrn Abt oder Karwan Sulaiman (beide VB) gebeten.

TOP 15 Bericht der Kommunikationsbeauftragten

Maren Lippke-Spöcker (MB, Ref. 104) berichtet über verschiedene geplante Veranstaltungen. In der kommenden Woche findet ein gemeinsamer Projektbesuch von deutschen und niederländischen Schülern in Werlte statt. Am 01.06. ist Europa für Niedersachsen zusammen mit KLARA mit einem Stand auf dem Fest für Europa vertreten. Zudem weist sie auf den nächsten Austausch am 24.05. im Rahmen der Veranstaltungsreihe Stadt Land Fokus hin, bei dem es um „EU-Projekte der Stadtentwicklung außerhalb Deutschlands“ geht.

Vom 27.-29.05. findet zudem das INFORM EU Plenary Meeting in Hannover statt, bei dem über 300 Kommunikationsbeauftragte aus der gesamten EU zusammenkommen. Frau Ministerin Osigus wird die Begrüßung vornehmen, auch die interimistische Generaldirektorin Andriana Sukova wird teilnehmen. Inhaltlich ist Niedersachsen nicht für das Plenary Meeting verantwortlich, organisiert jedoch Touren zu einer Reihe von Projekten, die aus den verschiedensten Fonds und Programmen der EU finanziert werden.

TOP 16 Beschlussfassung über eine Änderung der Geschäftsordnung (Austritt eines Mitglieds)

Herr Mennecke erläutert das beabsichtigte Vorgehen: Der Arbeitskreis der niedersächsischen Kulturverbände (akku e. V.) hat der VB mitgeteilt, dass sie aus Zeitgründen ihr Mandat bisher nicht wahrnehmen konnten und von ihrer Mitgliedschaft zurücktreten. Inzwischen wurde in Absprache mit akku jedoch vereinbart, von einer formalen Änderung der Geschäftsordnung abzusehen und ihre Mitgliedschaft lediglich ruhen zu lassen, damit sie in der Zukunft ggf. wieder teilnehmen können. Insofern ist eine Beschlussfassung nicht mehr notwendig.

Vom Begleitausschuss kommen keine Einwände gegen dieses Vorgehen.

TOP 17 Verschiedenes

Herr Mennecke erinnert an die bevorstehende Europawahl und ruft zur Teilnahme an der Wahl auf.

Herr Mennecke verabschiedet Herrn Kühn, der in den Ruhestand gehen wird, und bedankt sich für seine langjährige, engagierte und konstruktive Mitarbeit.

Zudem verabschiedet Herr Mennecke Herrn Sulaiman aus der VB, der ab dem Sommer einen Verwaltungslehrgang antreten wird.

Wie üblich ruft Herr Mennecke dazu auf, mögliche Tagesordnungspunkte vorzuschlagen, sowie Ideen für Projektbesichtigungen zu melden.

Schließlich weist er noch auf die weiteren Sitzungen in diesem Jahr hin, insbesondere die evtl. notwendige Sondersitzung, die voraussichtlich am 07.08.2024 (digital, ca. zwei Stunden am Vormittag) stattfinden wird.

Abschließend bedankt sich Herr Mennecke bei seinem Team für die Vorbereitung, außerdem für die Beiträge der Referierenden und die Beiträge aus dem Plenum.

~ Ende des zweiten Sitzungstages: 13:20 Uhr ~

Protokoll: Tim Falckenthal, Alexander Kohlmeier

Hinweis: Die Präsentation der VB sowie die Präsentationen zu den TOPs 3, 4, 7, 10, 11 wurden im Nachgang der Sitzung auf die Website des Begleitausschusses hochgeladen.

https://www.europa-fuer-niedersachsen.niedersachsen.de/startseite/regionen_und_foerderung/efre_und_esf/begleitausschuss-211073.html